# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomsen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklamezeile (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Güng & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

**Nummer 101** — **Dienstag, den 21. August 1928** — **39. Jahrgang**


## Amtliches.

Die Zustellung der Kirchensteuerbescheide auf das Rechnungsjahr 1928 ist im Gange. Soweit der Betrag, der sich aus den am 15. Mai und 15. Juli d. J. fällig gewesenen Terminen zusammensetzt, durch etwa geleistete Vorauszahlungen noch nicht gedeckt ist, hat Zahlung des noch restlichen, aus dem Kirchensteuerbescheid ersichtlichen Betrags

**innerhalb 14 Tagen**

nach seiner Zustellung an die hiesige Stadtsteuereinnahme zu erfolgen.

Naunhof, am 20. August 1928. **Der Stadtrat.**

## Anmeldung schulpflichtiger Kinder.

Ostern 1929 werden alle Kinder schulpflichtig, die in der Zeit vom 1. Juli 1922—30. Juni 1923 geboren sind. Die Anmeldung findet **Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24. August, in der Schule, 2. Gang Zi. 7,** statt. Die Anmeldung hat durch Eltern oder Erzieher zu erfolgen.

Mitzubringen sind Familienbuch und Impfschein. Bei der Anmeldung ist eine bestimmte Erklärung über Teilnahme am Religionsunterricht abzugeben.

**Die Schulleitung.**
Spindler.

## Ein Schlag ins Wasser.

Bei der Beachtung, die der Kabinettsbeschluß gefunden hat, den vielumstrittenen Bau des Panzerkreuzers A doch in Angriff zu nehmen, ist es sehr natürlich, daß sich die Öffentlichkeit auch mit der Entscheidung beschäftigt, die die obersten sozialistischen Parteiinstanzen in dieser Frage, der Parteiausschuß und die sozialistische Reichstagsfraktion, getroffen haben. Allerdings steht über diesen Instanzen, wie in allen Parteien, noch der Parteitag selbst. Aber diesen wollte man wohl aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht mit dieser Angelegenheit befassen, zumal ja angesichts der Erregung in den eigenen Reihen eine schnelle Entscheidung notwendig war.

Die ganze Frage hatte schon deshalb auch in der nichtsozialistischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, weil hier ein Fall vorlag, der für alle kommenden Regierungen ein Schulbeispiel werden könnte. Der Bau des Panzerkreuzers hatte bei der letzten Wahlpropaganda eine große Rolle gespielt. Viele Wähler haben sich für die Sozialdemokraten entschieden, in deren Parteiprogramm der Pazifismus eine bedeutende Rolle spielt. Bei ihnen hat es natürlich nach dem Kabinettsbeschluß überall lange Gesichter gegeben, hatte man doch in linksstehenden Kreisen nach dem Verlauf des Wahlkampfes angenommen, daß es in der Hand der sozialistischen Minister liege, einen früheren Reichstags- und Reichsratsbeschluß unausgeführt zu lassen. Auf seiten der Rechten trat über die ganze Haltung der sozialistischen Kabinettsmitglieder eine sichtbare Schadenfreude zutage. Auch die Deutschnationalen hatten seinerzeit in ihren eigenen Reihen und besonders auch von der Opposition scharfe Vorwürfe erfahren, daß sie in der Regierung Beschlüsse ausführten, die eigentlich dem Parteiprogramm und den in der Agitation abgegebenen Versprechungen zuwiderliefen. Und die Sozialdemokratie hat es diesmal ebenso wie die Deutschnationalen erfahren müssen, daß es etwas anderes ist, bei der Agitation Versprechungen zu machen oder später diese Versprechungen einlösen zu können.

Die von dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei betriebene Forderung nach Austritt der Sozialisten aus dem Reichskabinett ist von den sozialistischen Parteiinstanzen abgelehnt und so eine Regierungskrise im Reich vorläufig vermieden worden. Mit diesem Beschluß wird allerdings die Auseinandersetzung über den Panzerkreuzer auch bei den Sozialdemokraten noch nicht beendet sein. Dafür sorgen schon die Kommunisten, die hier ein geeignetes Mittel gefunden zu haben glauben, der Sozialdemokratie noch mehr Wasser als bisher abgraben zu können. Sie suchen die politische Stimmung zu erregen durch allerlei öffentliche Veranstaltungen, Umzüge und Flugblätter, die in Massen verbreitet werden. Als stärkste Waffe versuchen sie jetzt den Volksentscheid heranzuziehen. Zuerst wollten sie die Frage des Baues des Panzerkreuzers A einem Volksentscheid unterbreiten. Als sich dieser Weg aber als ungangbar zeigte, da ein Volksentscheid über Budgetfragen, wozu ohne Zweifel auch diese Angelegenheit gehört, unzulässig ist, haben sie jetzt ihrer Forderung den, wie ein Blatt meint, fast monumentalen Wortlaut gegeben: „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten." Die Kommunisten wollen sich also nicht nur mit der Inhibierung des Baues des Panzerkreuzers A begnügen, sondern wollen den Bau von Kriegsschiffen in Deutschland überhaupt durch einen Volksentscheid verbieten lassen.

Allerdings dürften sie mit ihrem Antrag kaum Aussicht auf Erfolg haben. Denn nach dem Gesetz über den Volksentscheid ist vorgesehen, daß mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten in Deutschland, in diesem Falle wären es etwa 20½ Millionen, sich an dem Volksentscheid beteiligen müssen. 10½ Millionen Wähler müßten dann mit „Ja" stimmen. Diese 10½ Millionen Stimmen würden zwar mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten aufgebracht werden können, jedoch dürfte von seiten der Rechtsparteien, wie bei der Abstimmung über die Fürstenenteignung, Stimmenthaltung proklamiert werden, so daß die zur Gültigkeitserklärung des Gesetzes erforderlichen 20½ Millionen Stimmen nicht im entferntesten erreicht werden und die von den Kommunisten betriebene Abstimmung völlig ein Schlag ins Wasser sein würde. Immerhin wird der Bau der Panzerkreuzers A die Öffentlichkeit auch weiterhin in hohem Maße beschäftigen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er bei den nächsten Wahlen eine noch wichtigere Rolle spielen wird als im Mai dieses Jahres.

# Vor Paris und Genf

## Stresemann übernimmt die Geschäfte

Mittwoch Kabinettssitzung.

**Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist aus Oberhof nach Berlin zurückgekehrt und hat bereits die Geschäfte seines Amtes wieder übernommen. Wie es heißt, ist seine Gesundheit völlig wiederhergestellt, doch soll er sich auf den Rat der Ärzte hin für die nächste Zeit noch Schonung auferlegen. Er beabsichtigt deshalb, während des kommenden Aufenthaltes in Paris aus Anlaß der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes sich möglichst von festlichen Veranstaltungen fernzuhalten, ebenso bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundrates in Genf. Dr. Stresemann wird den Kellog-Pakt als Erster unterzeichnen, da nach der alphabetischen Reihenfolge Deutschland (Allemagne( voransteht. Für Mittwoch ist das Kabinett zu einer Sitzung einberufen, in der die letzten Beschlüsse in bezug auf die wichtigen außenpolitischen Ereignisse gefaßt werden sollen.**

Für die Reise Dr. Stresemanns nach Paris und Genf sind die Vorbereitungen getroffen. Dr. Stresemann verläßt am Sonnabend Berlin und trifft am Sonntag in Paris ein. Am Montag, dem 27. August, findet die feierliche Unterzeichnung des Kriegsverzichtspaktes statt. Dr. Stresemann, der allein nach Paris reist, wird am 28. August die französische Hauptstadt verlassen, um nach Genf zu fahren, wo am 29. die Tagung des Völkerbundrates beginnt.

### Amerikas Verstimmung.

Nicht als besonders glückliche Einleitung für die Unterzeichnung des Friedenspaktes kann man die mittlerweile in den Vereinigten Staaten entstandene Verstimmung über das im geheimen abgeschlossene englisch-französische Flotten- und Rüstungsabkommen ansehen, dessen Text noch immer nicht bekanntgegeben ist. In Amerika vertieft sich das Empfinden, die Vereinbarung richte sich gegen die Vereinigten Staaten und bedeute sogar unter Umständen ein Zusammenwirken der vereinigten Flotten Englands und Frankreichs gegen die amerikanische.

### Coolidge äußert sich.

In Washington wird von maßgebender Stelle mitgeteilt, Präsident Coolidge glaube, daß die französisch-britische Flottenvereinbarung die Vereinigten Staaten möglicherweise ernstlich in Mitleidenschaft ziehen werde, und habe deshalb beschlossen, sich mit der Angelegenheit persönlich zu befassen.

**Coolidge sei der Meinung, daß das Abkommen möglicherweise für die Stellung der Vereinigten Staaten zur See eine Gefahr bedeuten könne, indem es die amerikanische Flotte in eine Stellung bringe, die der der vereinigten französisch-britischen Flotte unterlegen wäre.**

Wenn die Franzosen und die Engländer unnachgiebig auf ihrem Abkommen beharren, dann wird nach Ansicht der amerikanischen amtlichen Stellen die weitere Herabsetzung der Seerüstungen verhindert werden. Der Präsident könnte gezwungen werden, dem Kongreß anzuempfehlen, ein großes Flottenbauprogramm zu bewilligen, um der Gefahr von „assoziierten" französisch-britischen Flotten zu begegnen.

## Ältestenrat des Reichstags einberufen

Die Panzerkreuzerfrage.

**Der Präsident des Deutschen Reichstages, Löbe, hat den Ältestenrat des Reichstages für nächsten Montag einberufen, um über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages wegen der Inangriffnahme des Panzerkreuzerbaues zu entscheiden.**

Daß der Ältestenrat zu dem Antrage eine andere Stellung einnehmen wird, als wie sie dem Wollen der Regierung entspricht, die Sache als vorläufig abgeschlossen zu betrachten, ist sehr fraglich. Anscheinend wollen die sozialdemokratischen Minister das in der Partei entstandene Mißbehagen mit ihrem Eintreten für eine Verlängerung der Krisenfürsorge besänftigen.

## Sozialdemokraten und Panzerkreuzer.

Entschließung des sozialdemokratischen Parteiausschusses

Parteiausschuß und Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten waren nach Berlin einberufen worden, um zum Panzerschiffbau Stellung zu nehmen, dem auch die sozialdemokratischen Reichsminister ihre Zustimmung gegeben hatten. Nach mehrstündigen Beratungen wurde mit vier Fünftel Mehrheit folgender Beschluß gefaßt:

**Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteiausschuß treten dem am 15. August gefaßten Beschluß des Partei- und Fraktionsausschusses über die Haltung der der Reichsregierung angehörenden Parteigenossen zu der Inangriffnahme des eigentlichen Baues des Panzerkreuzers A bei. Sie bedauern, daß die sozialdemokratischen Minister dem Beschluß des Kabinetts unter Verzicht auf vorherige Befragung der Fraktion und des Parteiausschusses zugestimmt haben. Fraktion und Parteiausschuß halten die engste Fühlungnahme zwischen ihnen und den der Regierung angehörenden Genossen in allen politischen Fragen für eine unabweisbare Notwendigkeit. Fraktion und Parteiausschuß halten die Beteiligung an der Regierung mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft für außerordentlich wichtig. Sie leiten daher aus der Entscheidung des Kabinetts, die die Ausführung eines vom letzten Reichstag beschlossenen Gesetzes betraf, trotz ihrer grundsätzlich abweisenden Auffassung über den Ersatzbau des Panzerkreuzers nicht die Notwendigkeit ab, unsere Genossen zum Rücktritt aus dem Kabinett aufzufordern.**

## Das Programm der Kellogg-Unterzeichnung

Empfänge und Diners.

**Die französische offizielle „Agentur Havas" gibt das Programm der anläßlich der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes vorgesehenen Veranstaltungen, das allerdings erst von dem am 23. August stattfindenden französischen Ministerrat endgültig festgesetzt werden wird, bekannt. Danach wird am Vorabend der Unterzeichnung, also am 26. August, der amerikanische Staatssekretär Kellogg den Bevollmächtigen ein Diner geben. Nach der Unterzeichnung des Paktes, die am Nachmittag des 27. August stattfindet, wird am Quai d'Orsay ein Diner mit anschließendem diplomatischen Empfang stattfinden. Tags darauf wird der Präsident der Republik die Bevollmächtigen im Schloß von Rambouillet empfangen. Am gleichen Tage wird die Stadt Paris im Rathaus einen Empfang veranstalten. Alle zur Unterzeichnung eingeladenen Mächte haben diese Einladung angenommen.**

Nach den bisher in Paris vorliegenden Meldungen wird der Kellogg-Pakt von folgenden Staatsmännern unterzeichnet werden:

Für Deutschland: Außenminister Dr. Stresemann,
„ die Vereinigten Staaten: Kellogg,
„ Belgien: Außenminister Hymans,
„ Frankreich: Außenminister Briand,
„ Großbritannien und Indien: Lord Cushendun,
„ Australien: Maclan,
„ Südafrika: Smith,
„ Kanada: Mackenzie King,
„ Neuseeland: Sir Parr,
„ Irland: Gilligan,
„ Japan: Ushida,
„ die Tschechoslowakei: Außenminister Dr. Benesch.

Von Polen und Italien liegen die Antworten noch nicht vor, doch erwartet man den polnischen Außenminister Zaleski und den italienischen Unterstaatssekretär Grandi.

## Die Regierung Thüringens erschüttert.

Landtagsauflösung zu erwarten.

Eine gewisse Spannung herrschte seit längerer Zeit im Kabinett Thüringens. Die jetzige Koalitionsregierung setzt sich zusammen aus zwei volksparteilichen und zwei demokratischen Ministern sowie fünf Staatsräten, von denen je zwei dem Landbund und der Wirtschaftspartei angehören und einer demokratisch ist.

Nun war zur Klärung ein Demokratischer Parteitag letzten Sonntag nach Weimar einberufen. Nach längerer Aussprache wurde eine Erklärung angenommen, die mit Bedauern feststellte, daß sich die Thüringer Politik während der letzten Monate nach einer Richtung hin entwickelt habe, die die Demokratische Partei als verderblich für die Zukunft des Thüringer Landes ansehe. Insbesondere habe sie wahrnehmen müssen, daß unter dem Einfluß von Landbund und Wirtschaftspartei die Gesetzgebung und Verwaltung immer einseitiger gestaltet worden seien. Die Demokratische Partei fordert deshalb ihre Parteifreunde in der Regierung auf, aus dieser auszutreten. Das Wünschenswerte sei eine Regierung auf der Basis der Großen Koalition, wie sie im Reiche bestehe.

Dem kürzlichen Antrag der Sozialdemokraten, den Landtag besonders mit Bezug auf den Fall Frieders am 23. August einzuberufen, ist stattgegeben worden. Wenn nun jetzt die demokratischen Minister zurücktreten, ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Landtag am 23. August seine Auflösung und Neuwahlen beschließen wird.

### Staatliche soziale Altersfürsorge für Bauern.

**Moskau.** Die Sowjetregierung hat ein Gesetz über die soziale Altersfürsorge für Bauern beiderlei Geschlechts angenommen. Die Altersfürsorge wird Bauern gewährt, denen die zum Lebensunterhalt notwendigen Mittel fehlen, oder in Fällen, wo der Ertrag ihrer Wirtschaft zur Deckung der notwendigsten Bedürfnisse ihrer Familie nicht ausreicht.